FREITAG, 18. NOVEMBER 2011 NR. 46 53. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Geht Ihre Bank
in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen?
Dieser alte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft!
Unterschreiben Sie! www.kirchensteuer-zh.ch
BÜRGER-AKTION seit 1981
Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

FLUGHAFENVORLAGEN VOM 27. NOVEMBER 2011

Flughafen Zürich: Ein doppeltes Nein zu schädlichen Verboten

Am 27. November 2011 entscheidet die Zürcher Stimmbevölkerung über zwei Flughafenvorlagen: die Behördeninitiative «Keine Neu- und Ausbauten von Pisten» und den Gegenvorschlag. Beide Vorlagen sind vollständig unnötig, weil die Stimmberechtigten über Aus- und Neubauten von Pisten bereits heute und auch in Zukunft das letzte Wort haben werden. Und sie schaden vielen Unternehmen, auch und besonders dem Gewerbe.

THOMAS O. KOLLER
VIZEPRÄSIDENT
KOMITEE «WELT-OFFENES ZÜRICH»

Die beiden Vorlagen sind ein klassisches «Schwarzpeterspiel» unter den Regionen und beide wollen etwas, was die Stimmberechtigten vor Kurzem deutlich abgelehnt haben: Die Plafonierung des Luftverkehrs. Sie soll durch die Hintertür über ein Planungs- und Bauverbot eingeführt werden. Der Gegenvorschlag geht dabei noch weiter als die Behördeninitiative.

Vollständige Lähmung

Die Vorlagen greifen massiv in die Kompetenzen von Volk, Regierung und Flughafen ein. Sie übersteuern die Mitwirkung der Stimmberechtigten bei der Flughafenentwicklung. Kann das Volk heute noch zu jeder Veränderung von Lage oder Länge der Pisten Stellung nehmen, wäre das künftig nicht mehr möglich. Denn es kann gar nicht mehr zu einer solchen Fragestellung kommen, und zwar selbst dann nicht, wenn eine Anpassung am Pistensystem beispielsweise aus Sicherheits- oder Lärmgründen sinnvoll oder aus betrieblichen Gründen nötig wäre. Und die beiden Vorlagen komplizieren Entscheidungsprozesse bis zur vollständigen Lähmung Zürichs in seiner Flughafenpolitik. So müssten gemäss Gegenvorschlag beispielsweise die Weisungen des Regierungsrates an seine Vertretung im Verwaltungsrat des Flughafens künftig dem Kantonsrat und unter Umständen sogar dem Volk vorgelegt werden. Das ist nicht praktikabel, ja schlicht absurd.

Verlust von Perspektiven

Der Flughafen würde in seiner künftigen Entwicklung vollständig blockiert. Kann sich der Flughafen nicht mehr entwickeln, verlieren zahlreiche Unternehmen und mit ihnen selbstredend auch ihre Mitarbeitenden Zukunftsperspektiven. Als Folge des Planungs- und Bauverbots investieren Flughafen und Fluggesellschaften weniger. Bauunternehmen bauen weniger. Unterhaltsfirmen reinigen weniger. Bäcker und Metzger liefern weniger. Handwerker reparieren weniger. Kurz: Es gibt weniger zu tun. Das kostet Arbeitsplätze. Dasselbe gilt für international tätige Firmen, die auf den Flughafen Zürich angewiesen sind. Er ist ihr (und unser) einziges Tor zur Welt. Die Folge: Global tätige Unternehmen lagern Stellen aus. Gute und gut bezahlte Jobs entstehen nicht mehr bei uns, sondern anderswo.

Bevölkerung zahlt Zeche!

Moderne Technik mindert Lärm und Luftverschmutzung wirkungsvoller als alles andere und garantiert die Sicherheit des Luftverkehrs. Eine Entwicklungsblockade am Flughafen Zürich zerstört wichtige Anreize, modernste Technik anzuwenden und innovative Verfahren zu entwickeln. Sie lähmt die Investitionsbereitschaft und bremst den Fortschritt an der Lärm- und Umweltfront. Die Zeche zahlt die Bevölkerung.

Greift der Bund ein?

Solange das Planungs- und Bauverbot gilt, ist für Infrastrukturanpassungen kein Handlungsspielraum gegeben. Der Gegenvorschlag will sogar ein Veto zum Betriebsreglement für den Flughafen einführen. Damit ist Zürich nicht nur jeder bauliche, sondern auch jeder betriebliche Gestaltungsspielraum genommen. Als einzige Möglichkeit zur Sicherung der Funktionsfähigkeit dieser Infrastruktur von nationaler Bedeutung bleibt damit ein Diktat aus Bern. Kurz: Die Entmündigung Zürichs sowie der Zürcherinnen und Zürcher in allen Flughafenfragen. Die Behördeninitiative wie auch der sogenannte Gegenvorschlag gefährden die Souveränität und die Gestaltungsmöglichkeiten Zürichs in Flughafenfragen.

Von wegen mehr Planungssicherheit!

Vor allem im engeren Flughafenumfeld wird mit den beiden Vorlagen die trügerische Hoffnung verbunden, ein Pistenbauverbot schaffe für die Gemeinden Planungssicherheit. Das Gegenteil ist der Fall. Die beiden Vorlagen werden die Flughafenentwicklung nicht stabilisieren. Sie werden die Situation für Gemeinden und Bevölkerung vielmehr unberechenbar machen. Im Fall der Behördeninitiative werden betriebliche Optimierungen nur noch über neue An- und Abflugverfahren herbeigeführt werden können, was letztlich nicht nur zu einem ineffizienten Betrieb, sondern auch zu einer Ausdehnung der belärmten Fläche führt. Im Fall des Gegenvorschlages wird künftig in allen wichtigen Fragen der Bund bestimmen, wo es flughafenpolitisch und in Bezug auf die Entwicklung der Flughafeninfrastruktur lang geht, was Zürich letztlich den Entscheiden im fernen Bern ausliefert.

Fazit: 2x Nein

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie alle, die bereit sind, flughafenpolitisch mit Verantwortungsbewusstsein und Weitblick zu handeln, sind aufgerufen, die beiden Vorlagen «ohne Wenn und Aber» abzulehnen.

DIE VORLAGEN IN KÜRZE

Behördeninitiative: Planungs- und Bauverbot
2006, also deutlich vor den beiden letzten Volksabstimmungen (Plafonierungsinitiative 2007 und Fairflug 2009) reichten 42 Gemeinden die Behördeninitiative betreffend Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich («Keine Neu- und Ausbauten von Pisten») ein. Die Städte und Flughafenanrainergemeinden Kloten, Opfikon und Oberglatt sowie Wallisellen und Zürich haben ihre Unterschrift nicht unter die Behördeninitiative gesetzt. Diese verlangt, dass sich der Staat gegen Neu- oder Ausbauten von Pisten einsetzt. Gemäss Initiativbegründung soll sie die Plafonierungsinitiative ergänzen. Diese wurde im November 2007 deutlich bachab geschickt. Nun soll die Plafonierung mittels eines Pistenplanungs- und Bauverbots und unter dem Vorwand «Rechtssicherheit» durch die Hintertür doch noch eingeführt werden.

Gegenvorschlag: Destruktiv und eigennützig
Der Verein Flugschneise Süd Nein (VFSN) realisierte, dass das Pistenausbauverbot die Südanflüge festschreibt, weil zur Piste 34 keine Alternative bereitgestellt werden kann. Er verlangt deshalb mittels eines sogenannten «konstruktiven Referendums» nicht nur ein Verbot von Pistenaus- und -neubauten. Auch neue Flugrouten über dicht besiedeltem Gebiet, die nach dem Jahr 2000 eingeführt wurden, sollen verboten werden. Im Klartext: Keine Südanflüge mehr. Zudem soll der Regierungsrat seine Instruktionen an die Kantonsvertreter im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG künftig in Form eines referendumsfähigen Antrags an den Kantonsrat formulieren. Im Klartext: Das Unternehmen Flughafen soll über Volksabstimmungen geführt werden. Das ist abstrus.

Sie entscheiden!
EU: Nicht nachgeben!

Deshalb: In den Ständerat Blocher
So wählen Sie richtig für eine selbstbewusste Schweiz:

Überparteiliches Komitee Christoph Blocher in den Ständerat
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich

Ich suche Kollegen für:
- Landwirtschaft
- Lohnunternehmen
- Forst
- Gartenbau
- Bau + Gewerbe

Tages-, Wochen- oder Monatseinsätze mit gutem Lohn
Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kompetent ...
ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft
Tel. 044 217 77 50
www.zbv.ch
SBV USP Versicherungen Assurances
AGRISANO

Aus Alt mach Neu!
Esszimmerstuhl Sitz neu polstern

Sonderangebot Fr. 125.00 statt Fr. 195.00 inkl. 8 % MWST
Mit Lagerstoff und neuem Sitzschaum
morgens bringen - abends holen!
Gossau ZH
wideg ag
Polsterei - Betten
Industriestrasse 25 8625 Gossau
044 935 25 46 www.wideg.ch
www.facebook.com/wideg.polster

Schmierstoffe für die Landwirtschaft - Besuchen Sie unseren **Shop** auf: **www.blaser.com**
oder rufen Sie uns an: Tel. 034 460 01 01

Blutspuren und Schlachtendampf

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Unsere Sonntagsmedien pflegen den Humor. In der Sonntagszeitung liefert ein Psychoanalytiker aus dem lustigen deutschen Ruhrgebiet auf der Titelseite allwöchentlich eine Satire über die Schweiz und die Schweizer. In der Rubrik «Showdown» nutzt die NZZ am Sonntag gnadenlos das komödiantische Potenzial einiger ihrer Redaktoren. Und im Sonntagsblick schreibt Frank A. Meyer seine Sonntagskolumne.

Vor allem Letzterer ist zum Schreien komisch. Denn seine Sätze sind total humorfrei. Weil völlig ernst gemeint: «Männer von trauriger Gestalt» nannte Frank A. Meyer in seinem jüngsten Beitrag «Männer wie Spuhler oder Amstutz oder Bortoluzzi». Denn echte «Mannsbilder» mit «geschwellter Männerbrust» sind für Meyer nur jene Männer, die Christoph Blocher kritisieren. Nach Frank A. Meyers Logik wäre er selber als kritischster aller Blocher-Kritiker der männlichste aller Männer. Und Meyers eigene «geschwellte Männerbrust» unter Seidenhemd und Poschettli unbestrittener Leitkult hiesiger Männlichkeit.

Meyer spricht den genannten drei SVP-Männern ihre Männlichkeit ab, weil sie Christoph Blocher nicht meucheln. Und weil in ihrer Volkspartei angeblich «nicht mehr gekämpft und diskutiert», sondern bloss noch «abgenickt» und «einstimmig» beschlossen werde. Diese seien «Duckmäuser», «Katzbuckler», «Angsthasen» und «Schisshasen». Denn: «Keiner ermannt sich, die Dinge beim Namen zu nennen.» Nämlich, dass die «offene Debatte» den «autoritären Mief» der SVP durchlüften müsse. Stattdessen habe die Partei Abstimmungen und Wahlkämpfe «inszeniert» wie die Schlachten von «Morgarten, Sempach, Näfels».

Verglichen mit den Blutspuren und dem Schlachtendampf, den Frank A. Meyer hinterlässt, bildet die SVP ein Muster an Friedliebe, Diskussionsfreude und Konfliktfähigkeit. Im Einflussbereich Meyers herrscht das gegenteilige Klima: Schleimen oder Gehen, heisst die Devise im Hause Ringier. Hier folgt die Ehrentafel von Personen, die dem autoritären Machtanspruch Frank A. Meyers zum Opfer fielen: Sacha Wigdorovits, Markus Gisler, Heinz Karrer, Martin Hofer, Thomas Landolt, Patrick Vogt, Bernhard Weissberg, Werner De Schepper, Jürg Lehmann, Hannes Britschgi, Michael Perricone. Beinahe hätte es im Boulevard-Verlag auch noch Michael Ringier erwischt. Sein Glück, dass ihm der ganze Laden gehört.

REGIERUNGSWECHSEL GRIECHENLAND UND ITALIEN

Landvögte der EU und Ausbeutung der Schweizer

Erschreckend sind die Regierungswechsel in Griechenland und Italien. Auch wenn in diesen Ländern eine riesige Misswirtschaft betrieben wurde und die Korruption grassiert, so demonstrieren die von der EU aufgezwungenen Wechsel mit der Einsetzung von Brüsseler «Landvögten» das Demokratiedefizit in der EU. Der vorliegende Beitrag ergänzt «Euro-Schreck ohne Ende – Fütterung der Pleitegeier mit Schweizer Franken» in der vorletzten Ausgabe des Zürcher Boten.

B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Die autoritären Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der beiden Euro-Länder Griechenland und Italien begann damit, dass das in Athen angekündigte Referendum über das neue Rettungspaket wieder abgesagt wurde. Obwohl ein solch halsbrecherischer Slalom jede Glaubwürdigkeit untergräbt und eigentlich nicht machbar ist, haben wir vor zwei Wochen verschiedene Szenarien skizziert – eines davon, das die Leser überraschte, war, dass das Referendum wieder abgesagt werden könnte. So wie wegen der in Aussicht stehenden Volksabstimmung in Brüssel, Paris und Berlin die EU-Führungsclique eine diplomatisch unterdrückte Wut zelebrierte, haben wir auch mit einer diplomatischen Intervention gerechnet, um das eigentlich Undenkbare, die Absage des Referendums, durchzudrücken.

Diplomatische Manipulationen der EU …

Natürlich wurde das Absägen der Volksbefragung nicht vor der Öffentlichkeit inszeniert. Wer aber das diplomatische Parkett etwas kennt, weiss, dass hinter den Kulissen heftig Druck ausgeübt wurde. Denn Euro-Politiker und nationale Parlamentarier sind vernetzt und so genügte es, dass man einige wenige der Abgeordneten ins Gebet nimmt – und schon gibt es Abweichler. So hätte der abgetretene Premier Giorgios Papandreou eine Vertrauensabstimmung nicht mehr gewonnen und er musste wohl oder übel das Referendum absagen und Neuwahlen in Aussicht stellten. Damit hatte die EU ein erstes Ziel erreicht: Die für den Euro gefährliche Volksbefragung war vom Tisch, denn das Volk entscheidet, wie viele Referenden schon zeigten, anders, als das Brüssel will. Was weiter folgte, war dann fast schon Routine: Der Druck der EU-Diplomatie brachte es fertig, dass in Griechenland mit dem neuen, technokratischen Premier Lukas Papademos, ehemaliger Vize bei der Europäischen Zentralbank, ein Vertrauensmann und Statthalter der EU eingesetzt wurde. Damit ist wohl nicht viel mehr als etwas Zeit gewonnen und die Staatspleite kommt nicht schon als Weihnachtsbescherung daher.

Parallel dazu entwickelten sich der Sturz von Silvio Berlusconi in Italien: Sicher ist, dass ihn Brüssel als Premier liquidieren wollte; aber anders als zu den Zeiten der alten Römer geschah dies nicht mit einem physischen Dolchstoss in den Rücken, sondern mit einem diplomatischen. Auch hier genügte es, einige der einstigen Getreuen von Berlusconi hinter den Kulissen zu beeinflussen, so dass der Regierungschef die absolute Mehrheit verlor und faktisch zum Rücktritt genötigt wurde. Auch hier ging die Saat auf, welche Brüssel schon im Vorfeld vorbereitet hatte: Mit Mario Monti drückten sie einen ehemaligen EU-Kommissar durch – also wieder ein Abgesandter von Brüssel.

… und Einsetzen von Landvögten

Dabei soll nicht die fachliche Qualifikation dieser Technokraten in Frage gestellt werden. Problematisch ist, dass ihnen schlicht die demokratische Legitimation fehlt. Das sind ganz ungünstige Voraussetzungen; Brüssel hat damit erneut unter Beweis gestellt, dass es dort mit dem Sinn für Demokratie nicht weit her ist: Aus der berechtigten Angst, der Euro könnte auseinander brechen, liess man sich sogar dazu hinreissen, gewissermassen «Landvögte» einzusetzen. Die Angst ist allerdings berechtigt, hatten wir vor zehn Jahren schon vor dieser Fehlkonstruktion des Euros gewarnt, weil sich unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten nicht mit einer solchen künstlichen Klammer auf eine Linie zwingen lassen.

Die Schweiz ist ebenfalls von dieser Misswirtschaft betroffen. Auch wenn die Begehrlichkeiten nach einer Beteiligung am Rettungsschirm zurückgewiesen werden, können uns die Interventionen der Schweizer Nationalbank zur Unterstützung des Euro-Kurses – langfristig mit dem geschaffenen Inflationspotenzial – teuer zu stehen kommen. Man muss sich auch fragen, wie weit die Sorgen für die Schweizer Wirtschaft berechtigt und wie weit sie als Schreckgespenst an die Wand gemalt werden; dies auch deshalb, weil die Preise in der Schweiz auch ohne Wechselkursverwerfungen zum Teil massiv übersetzt sind.

Falscher Patriotismus und übersetze Preise in der Schweiz …

Während die Hotellerie im internationalen Vergleich schon immer durch überhöhte Preise – und Margen! – glänzte, hat es eine Exportindustrie etwas schwerer, vor allem dann, wenn eine grosse Wertschöpfung in der Schweiz stattfindet. Die Entwicklung von exklusiven Gütern mit unvergleichlicher «Schweizer Qualität» wäre sicher hilfreich, weil dann die Preisfrage in den Hintergrund rückt. Der Wirtschaft wäre aber auch geholfen, wenn die wechselkursbedingten günstigeren Importpreise weitergegeben würden – an die Konsumenten und an die Wirtschaft.

Der eigentliche Skandal ist aber, dass genau dies – wenn überhaupt – nur schleppend und unter Druck erfolgt, denn die Importeure wollen die Währungsgewinne als Margen selber absahnen. Da kam von Lesern der kritische Einwand, dass es patriotisch sei, zur Unterstützung des helvetischen Gewerbes hier einzukaufen und höhere Preise in Kauf zu nehmen.

Angesichts der Wirklichkeit ist aber genau das Gegenteil der Fall: Nicht nur, weil die Preise bei vielen Gütern auch unabhängig vom Wechselkurs überhöht sind – dem ist so, wenn man in der Schweiz für dasselbe Gut das Doppelte oder gar Mehrfache bezahlt wie jenseits der Grenze. Da wird von Seiten der Importeure besonders massiv Profit eingestrichen.

… zum skandalösen Nutzen auch ausländischer Produzenten

Unter Politologen kam im Gespräch mit dem Professor für Internationale Beziehungen, Dieter Ruloff, geradezu Erschreckendes an den Tag: Da unterhalten Produzenten im Ausland sehr gute Beziehungen zu Importeuren, die in der Schweiz überhöhte Preise durchsetzen sollen – das gilt sowohl für Konsum- als auch Investitionsgüter.

Da wird dann der Überschuss einer satten Marge abgeschöpft und – das bringt den Skandal auf den Punkt – ein Teil des Gewinns nach vorheriger Vereinbarung wieder an den Hersteller im Ausland zurücktransferiert. Das zeigt, wie wir mit dem Bezahlen überhöhter Preise nicht dem Schweizer Gewerbe dienen, sondern nur allzu oft den Produzenten im Ausland, welche die Schweizer so lange schröpfen, wie es geht.

Demokratie der Konsumenten stärken

Damit kehrt sich alles um und patriotisch ist der Einkauf im Ausland, weil nur so der nötige Druck ausgeübt wird, damit in der Schweiz die Importpreise sinken. Damit sollte auch der Protektionismus an der Grenze beseitig werden, der nun einmal durch rigide Importzölle bewirkt wird. Der Import müsste liberalisiert werden.

Stattdessen fordern Grüne stärkere Kontrollen, weil sie in ihrem Fundamentalismus mit Repression gegen Einkaufsfahrten ins Feld zu ziehen; und Bürgerliche verlangen eine Herabsetzung der Zollfreigrenze, nicht um damit dem Schweizer Bürger zu dienen, sondern vielleicht dem Nutzen jener Handelskreise, die Wahlkämpfe mitfinanziert haben. Und damit schliesst sich der Bogen, weil damit wieder die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Demokratie angesprochen wird.

Diesen Sonntag!

SVP Schweizerische Volkspartei Meilen BGB

Einladung zum Politapéro in Meilen

Podium
vom Sonntag, 20. November 2011
10.00 Uhr im Rest. Leuen, Meilen

zum Thema:

Die Schweiz und die Krise in der EU

Es diskutieren:

Christoph Blocher
Nationalrat SVP Zürich

VS

Felix Gutzwiller
Ständerat FDP Zürich

Gesprächsleitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor Zürichsee-Zeitung

PROGRAMM:
09.30 Uhr Türöffnung
10.00 Uhr Begrüssung durch Roberto Martullo, Präsident SVP Meilen
10.00 Uhr Podiumsgespräch
11.00 Uhr Fragen und Diskussion mit den Wählern
11.30 Uhr Apéro

Die SVP/BGB Meilen lädt herzlich alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu einem spannenden Politapéro ein!

www.svp-meilen.ch

Schweizer wählen SVP SVP

EU: Nicht nachgeben!

Sie entscheiden!

In den Ständerat
Blocher

Überparteiliches Komitee Christoph Blocher in den Ständerat

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Anpassungen des Personalrechts für Lehrpersonen

Diese Woche debattierte der Kantonsrat über diverse Änderungen des Personalrechts für Lehrpersonen an der Volksschule. Ausserdem standen die Jahresberichte der Universität und der Fachhochschulen im Fokus.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit den zur Debatte stehenden Anpassungen des Personalrechts für Lehrpersonen an der Volksschule wurden diejenigen Änderungen im Lehrpersonalrecht umgesetzt, die auf parlamentarische Vorstösse zurückgehen oder im Rahmen des Projektes «Belastung – Entlastung im Schulfeld» erarbeitet wurden. Einzelne Änderungen sind zudem auf den zurzeit bestehenden Lehrermangel zurückzuführen. Die Verankerung des Grundsatzes, wonach eine Schule so zu organisieren ist, dass möglichst wenige Lehrpersonen an einer Klasse unterrichten, trägt dem Anliegen der parlamentarischen Initiative von alt Kantonsrat und Bildungsrat **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) betreffend Erhöhung der Mindest- und Teilpensen für Lehrpersonen der Volksschule/Lektionsverpflichtung für Fachlehrpersonen Rechnung. Zu diesem Zweck wird im Lehrpersonalgesetz eine Mindestunterrichtsverpflichtung festgelegt und im Volksschulgesetz eine Höchstzahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen festgelegt. Vor dem Hintergrund des bestehenden Lehrermangels soll auf die Bestimmung, wonach Schulleiterinnen und -leiter zwingend über ein Lehrdiplom verfügen müssen, verzichtet werden. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass in Einzelfällen ausnahmsweise auch fähige Führungspersonen von ausserhalb der Schule diese Aufgabe übernehmen können. Unverändert bleibt, dass die Schulkonferenz der Schulpflege Antrag für die Besetzung der Schulleitung stellen kann. Die Anstellung einer Lehrperson setzt insbesondere die Zulassung zum Schuldienst und damit ein Lehrdiplom voraus. In besonderen Fällen soll davon abgewichen werden können. Zum einen gibt es Absolventinnen und Absolventen, die ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule abgeschlossen haben, aber aufgrund einzelner fehlender Elemente, wie z.B. der Nachweis über die Fremdsprachenkompetenz, noch nicht über das Lehrdiplom verfügen. Zum andern kann bei ausgeprägtem Lehrpersonenmangel nicht jede Stelle mit einer ausgebildeten Lehrperson besetzt werden. Gemäss heutiger Regelung werden solche Personen als Vikarin oder Vikar durch das Volksschulamt angestellt. Neu sollen diese bis höchstens ein Jahr ebenfalls als Lehrpersonen – zu einem tieferen Lohn – von der Schulpflege angestellt werden können. Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen führen – abgesehen von den zeitlich befristeten Zusatzkosten bei der Einführung der Kantonalisierung der Anstellungsverhältnisse – zu keinen wesentlichen Mehrkosten. Dies gilt insbesondere auch für die Aufhebung der Mindestunterrichtsverpflichtung der Schulleiterinnen und -leiter, weil mit dieser Änderung keine zusätzlichen Vollzeiteinheiten zugesprochen werden. Die Kantonalisierung führt zu einem Mehrbedarf an Stellen im Volksschulamt. Zu den rund 12 000 festangestellten Lehrpersonen und Schulleiterinnen und -leitern kommen voraussichtlich nochmals rund 4000 zusätzliche Anstellungen hinzu. Um diese zu bewältigen, müssen im Volksschulamt rund zehn unbefristete Stellen neu geschaffen werden. Den Lohnkosten von rund 1 Mio. Franken für diese Stellen stehen zusätzliche Einnahmen von rund Fr. 950 000 gegenüber, da den Gemeinden pro Anstellung ein jährlicher Betrag verrechnet wird. **Rochus Burtscher** (SVP, Dietikon) stellte klar, dass ein relativ gut ausformuliertes Gesetz zur Debatte steht. Es könne jedoch nicht sein, dass bei den Schulleiterinnen und -leitern eine Monopolisierung und Marktabschottung stattfinde. Warum sollen nur Personen mit Lehrerdiplom die besseren Schulleiter sein? Es gebe viele gute Personen, die Schulleitungen ohne Lehrerdiplom ausführen könnten (siehe Kommentar). Der Rat schloss die erste Lesung ab und wird in ca. vier Wochen an der Redaktionslesung die Schlussabstimmung durchführen.

Universität und Fachhochschulen

Die Jahresberichte der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2010 wurden von der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) geprüft. Der Subkommissionspräsident für die Universität **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) zeigte sich erfreut, dass der Regierungsrat den Standortentscheid zugunsten des Zentrums der Stadt Zürich bestätigt habe. Die nötigen Erneuerungen werden nun endlich einer Zukunftsstrategie untergeordnet. Als Subkommissionspräsident der Fachhochschulen betonte **Rolf André Siegenthaler** (SVP, Zürich) die wichtige Ergänzung in der Ausbildung der Berufsleute. Die Berufsbildung werde noch verbessert, indem die Studenten mit bereits bestehender Spitzentechnologie und mit Fachwissen weitergebracht werden, das dem aktuellen Stand der Forschung entspreche und das sie in ihren Versuchen und Projekten weiter perfektionieren würden.

Auf diese Weise leisten die Fachhochschulen einen Beitrag zur Verbesserung von bekannten technischen Verfahren und eine Erweiterung des praktischen Nutzens von anderswo erarbeiteten Resultaten der Grundlagenforschung. Beide Jahresberichte wurden ohne Gegenstimmen genehmigt.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Beachtliche Änderungen in der Bildungspolitik

ROCHUS BURTSCHER
KANTONSRAT SVP
DIETIKON

2009 reichte alt Kantonsrat Samuel Ramseyer eine parlamentarische Initiative zur Erhöhung der Mindest- und Teilpensen für Lehrpersonen an der Volksschule bzw. Lektionsverpflichtung für Fachlehrpersonen ein. Diese war Anstoss zur Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule. Die im Gesetz eingebrachten Anpassungen seitens des Regierungsrats bzw. Bildungsdirektion sind für die SVP zufriedenstellend formuliert und ausgewogen. Doch wie so oft: Wenn die SVP etwas als ausgewogen empfindet, opponiert logischerweise die Linke.

Die Linken wollten explizit DaZ-Lehrkräfte (Deutsch als Zweitsprache) im Gesetz aufnehmen, so dass sie ebenfalls kantonalisiert würden. Dies ist unseres Erachtens nicht nötig, denn irgendwo muss eine Grenze gezogen werden. Zudem sind wir der Überzeugung, dass Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund mehr Eigenverantwortung zeigen sollten. Dadurch würden die DaZ-Lehrkräfte mittelfristig nicht mehr benötigt oder allenfalls müssten deren Leistungen durch den Kostenverursacher selbst bezahlt werden.

Viel zu diskutieren gab die Absicht, dass Schulleiter und Schulleiterinnen neu nicht mehr zwingend über ein Lehrdiplom verfügen müssen. Schulleiter sollten primär über Fähigkeiten wie Führung, Kommunikation, Organisationstalent und ein minimales pädagogisches Verständnis verfügen. Es gibt in der Wirtschaft genügend gut ausgebildete Menschen, welche diese Fähigkeiten mitbringen. Doch bisher wurden diese vom Bewerbungsprozess ausgeschlossen, da sie kein Lehrdiplom besitzen. Die Linke und einige Teile der Mitteparteien fürchten diese Änderung wie der Teufel das Weihwasser und brachten die irre Befürchtung ein, dass sie keine Bankmanager als Schulleiter haben möchten. Da sieht man, wie eng die linke Denkweise ist. Die Linke glaubt offenbar nicht, dass Nicht-Lehrpersonen Lehrkräfte beurteilen können. Am liebsten möchten sie, dass Lehrkräfte durch Lehrkräfte kontrolliert werden (Marktabschottung), denn das würde viel weniger Komplikationen geben, da Lehrkräfte-Schulleiter von Lehrkräften problemlos akzeptiert werden.

Wer dies glaubt, glaubt an den Storch. Im Rat brachte die SVP das Argument ein, dass man Gefängnisinsassen demzufolge auch durch andere Gefängnisinsassen beaufsichtigen lassen könnte. Dies sorgte für einige rote Köpfe im Ratssaal. Mit einer satten Mehrheit wurde der Antrag, dass Schulleiter keine Lehrdiplome mehr benötigen, angenommen.

Ein zweiter Punkt, woran sich die Linke stört, ist die geforderte Probezeit für Lehrpersonen. Bisher gab es keine Probezeiten für Lehrkräfte. Ein Votant der neuen Mitte erklärte, dass sie abwägen mussten, ob es tragischer wäre, Lehrkräfte, bei denen eine Kündigung angebracht wäre, ein ganzes Jahr auf Schüler loszulassen oder das «Risiko» einer Probezeit. Die Linke argumentierte einzig damit, dass dadurch den Junglehrpersonen eine höhere Einstiegsschwelle gestellt würde. Doch ab 2012 werden die Lehrkräfte kantonalisiert und dazu gehört logischerweise eine Probezeit, welche die Möglichkeit einer Kündigung vorsieht. Beide Seiten können von dieser neuen Regelung profitieren.

Mit Freude können wir sagen, dass nach der 1. Lesung ein Gesetz vorliegt, das dem SVP-Gedankengut entspricht. Aber wie es im Leben so ist, die Lehrergewerkschaft droht bereits mit einem Referendum.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… dem Jahresbericht der Universität einstimmig zugestimmt. 😐

… dem Jahresbericht der Zürcher Fachhochschule einstimmig zugestimmt. 😐

… die erste Lesung zum Gesetz über die Anpassungen des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule abgeschlossen. 😐

… eine parlamentarische Initiative betreffend Erhöhung der Mindest- und Teilpensen für Lehrpersonen der Volksschule/Lektionsverpflichtung für Fachlehrpersonen einstimmig abgelehnt. 😐

… Reto Philipp (Winterthur) als Mitglied des Baurekursgerichts gewählt. 😐

14. November 2011

Parolen zur Volksabstimmung vom 27. November 2011

Kantonale Vorlagen

1 A. Gesetz über den Flughafen Zürich (Flughafengesetz) (Änderung vom 23. Februar 2009; Keine Neu- und Ausbauten von Pisten)	NEIN
1 B. Gültige Teile des Gegenvorschlags von Stimmberechtigten	NEIN
Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl der Beschluss des Kantonsrates als auch die gültigen Teile des Gegenvorschlags von den Stimmberechtigten angenommen werden?	Vorlage A
2. «Stau weg!» – Kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative – Für einen effizienten und sicheren Verkehr im Kanton Zürich	JA
3. Kantonale Volksinitiative «Für faire Ferien»	NEIN

Ständeratswahlen

Wahl von 2 Mitgliedern des Ständerates:

Linie 1: **Christoph Blocher**
Linie 2: ----------

Mit Behördeninitiative und Gegenvorschlag verlieren unser Kanton, die Schweiz und wir alle den Anschluss an die Welt! Warum? Weil die beiden Vorlagen den Flughafen blockieren. Damit behindern sie einen reibungslosen Flugbetrieb. Das bedeutet:

- **Unser Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich verliert den Anschluss an die Weltwirtschaft**
- **Arbeitsplätze und Wohlstand im Kanton Zürich gehen verloren**
- **Wir alle verlieren den Anschluss zu wichtigen und beliebten Reisezielen**
- **Reisen wird mühsamer, weil wir nicht mehr direkt an unsere Zielorte fliegen können**

So stimmen Sie richtig gegen die beiden Blockierungsvorlagen:

Anschluss verlieren?

2x NEIN

zu Behördeninitiative und Gegenvorschlag

www.anschluss-verlieren-nein.ch
Überparteiliches Komitee **2x Nein** zu den Blockierungsvorlagen

Einladung
zum **traditionellen**
SVP Chlaus-Jass mit
Christoph Mörgeli, Hans-Peter Amrein
Hans-Ueli Vogt und **Gregor Rutz**

Donnerstag, 1. Dezember 2011, 19.30 Uhr
Restaurant Arcade, Hombrechtikon

Wir freuen uns auf viele Teilnehmer.
Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Gut Jass wünscht der Vorstand der SVP Hombrechtikon

Einstehen für die Schweiz – Einstehen für Hombrechtikon
www.svp-hombrechtikon.ch

LESERBRIEF

Wenn die Unwahrheit Schule macht

Ende August ist bekannt geworden, dass während der Amtszeit von Christoph Blocher und Eveline Widmer-Schlumpf im Justiz- und Polizeidepartement Tausende von Asylbegehren, welche Iraker auf den Schweizer Botschaften in Damaskus und Kairo eingereicht hatten, nicht behandelt wurden. Diese Nichtbehandlung erfolgte auf dringendes Ersuchen des damaligen Schweizer Botschafters in Damaskus, der einen Ansturm von Zehntausenden befürchtete, und war in der Sache absolut richtig. Denn die irakischen Asylbewerber, die allesamt in die Schweiz kommen wollten, wurden vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge betreut und waren zu keiner Zeit in Gefahr.

Sehr aufschlussreich war nun die Reaktion der beiden Bundesräte. Christoph Blocher betonte sofort, auch wenn er sich nicht mehr genau erinnere, so sei er von seinen Mitarbeitern sicher ins Bild gesetzt worden – so oder so trage er die volle Verantwortung. Anders Frau Widmer-Schlumpf: «Ich habe als EJPD-Vorsteherin nie etwas von dem Fall gewusst», behauptete sie. Ein kürzlich aufgetauchtes, als vertraulich klassifiziertes Dokument (s. «NZZ am Sonntag», 30.10.2011), zeigt nun aber auf, dass sie über die «Schubladisierung» der Gesuche sehr wohl im Bild war. Sie hat diese Praxis sogar auf andere Botschaften ausgeweitet.

Man erinnert sich: Stunden vor ihrer Wahlannahme-Erklärung im Dezember 2007 hatte Frau Widmer-Schlumpf gegenüber ihrem damaligen Parteipräsidenten Ueli Maurer erklärt, sie werde die Wahl nicht annehmen. Kurz danach war alles anders. Ist ein solches Verhalten für eine Bundesrätin tragbar? Urteilen Sie selbst.

Hans Fehr, Eglisau

Stau stinkt, ärgert und ist gefährlich

Darum JA zur Initiative «Stau weg!» www.stau-weg-initiative.ch

KGV FDP Die Liberalen SVP Die Partei des Mittelstandes

Zum Hinschied von Theo Leuthold

Theo Leuthold ist nicht mehr unter uns. Mit Theo Leuthold verlieren wir einen engagierten Mitmenschen, der sich uneigennützig für die Allgemeinheit eingesetzt hat.

BRUNO WALLISER
GEMEINDEPRÄSIDENT
VOLKETSWIL
KANTONSRAT

Als Gemeindepräsident und Finanzvorstand von Volketswil leitete er von 1978 bis 1990 die Geschicke seiner Heimatgemeinde weitsichtig, kompetent und umsichtig.

Als profilierter Finanzpolitiker vertrat er die SVP des Bezirks Uster von 1986 bis 1999 im Kantonsparlament. Ein ausgeglichener Staatshaushalt und ganz allgemein die öffentlichen Finanzen standen auch im Mittelpunkt seines kantonsrätlichen Wirkens. Unter seinem Präsidium wurde die Totalrevision des Steuergesetzes von 1997 in der damaligen Spezialkommission vorberaten. Sein finanzpolitisches Wissen stellte er im Verwaltungsrat der EKZ von 1998 bis 2006 sowie von 1994 bis 2006 auch als Präsident des Verbandes der Zürcher Strombezüger zur Verfügung. Seinen Ausgleich zur Arbeit und Politik fand er bei seiner Familie und in seinem Jagdgebiet Wildberg.

Noch vor 3 Wochen durften wir Theo Leuthold an der 6. Zusammenkunft der früheren Kantonsratsmitglieder in Samstagern willkommen heissen. Nun wird er diesen Freitag um 11.30 Uhr in der reformierten Kirche Volketswil für immer verabschiedet.

Wir erinnern uns in Dankbarkeit an den wertvollen Einsatz von Theo Leuthold zugunsten der SVP, seiner Heimatgemeinde Volketswil und des Kantons Zürich.

Es ist unsere schmerzliche Pflicht, Sie vom Hinschied von

Theo Leuthold

in Kenntnis zu setzen.

Die Abdankgung findet am Freitag, 18. November 2011, um 11.30 Uhr, in der reformierten Kirche Volketswil statt. Die Urne wird im engsten Familienkreis beigesetzt.

LESERBRIEFE

Schluss mit EU-Forderungen

Bei seiner Einführung wurde der Euro als stabile Währung gefeiert. Jedes Land, das die Schuldengrenze überschreitet, so die EU, müsse mit Bussen in Milliardenhöhe rechnen. Wie schnell sich die Zeiten ändern! Griechenland wird anscheinend mit einem teilweisen Schuldenerlass belohnt, anstatt gebüsst und selbst die EU spricht heutzutage von einer Eurokrise. Auch vom vielgepriesenen gemeinsamen Wohlstand ist wenig zu sehen, umso mehr von einer gemeinsamen Schuldenwirtschaft. Zudem ist der aufgeblähte EU-Beamtenapparat alles andere als eine Elite. Viele ihrer Mitglieder haben noch nie etwas Richtiges gearbeitet, wurden aus ihren Herkunftsländern weggelobt und/oder der fetten Pfründe wegen nach Brüssel geschickt. Die Folge sind viele so überflüssige wie realitätsfremde Gesetze (welche mitunter nicht einmal die EU selbst einhält) und eine für die Volkswirtschaften schädliche Überregulierung.

Trotzdem stellt die EU – untermauert mit unterschwelligen Drohungen – laufend Forderungen an unser Land. So sollen wir automatisch EU-Recht übernehmen und uns EU-Gerichten unterwerfen. Im Klartext, die EU, die wahrlich genug eigene Probleme hat, würde die Geschicke unseres Landes massgeblich beeinflussen. Schliesslich fordern wir von der EU auch keine Übernahme von Schweizer Recht. Angesichts der Schuldenmisere werden aus der EU einmal mehr finanzielle Forderungen auf uns zukommen. Die richtige Reaktion wäre – anstatt zu zahlen – den EU-Ländern einen klugen Ratschlag betreffend einen von ihr bislang offenbar unbeachteten Sachverhalt zu geben: Nicht mehr auszugeben als eingenommen wird!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Holland als Vorbild – Neue Asyl- und Drogenpolitik

Jahrzehntelang wurde das Drogenmekka Holland von unseren Medien als Vorbild für Liberalisierung gehandelt. Doch in den letzten Jahren versiegten die «Erfolgsmeldungen». Warum?

In Holland hat seit einigen Jahren ein Umdenken über den Liberalismus im Allgemeinen stattgefunden, das zur Schliessung von einem Drittel der Fenster im berühmten Prostitutions-Stadtteil von Amsterdam und zur Übernahme einige der härtesten Einwanderungsbestimmungen in Europa durch die Niederlande führte. 50 Prozent der Asylgesuche werden in acht Tagen erledigt. Wer dann nicht innert 28 Tagen das Land verlässt, hat keinen Anspruch auf Nothilfe. Ein Asylzentrum mit über 1000 Unterkunftsplätzen liesse sich in Holland kaum realisieren.

Der jüngste Schritt des Landes in der laufenden Abkehr von seiner berühmten Toleranzpolitik ist die Ankündigung der niederländischen Regierung, dass Cannabis mit hohem THC-Gehalt – wegen seiner Rolle bei den zunehmenden öffentlichen Gesundheitsschäden – neu als harte Droge wie Kokain und Ecstasy klassifiziert würde.

Wird die kürzliche Informationsreise von Bundesrätin Simonetta Sommaruga in Den Haag zu einem Umdenken in Bundesbern führen oder ist ausser Spesen nichts gewesen?

Peter Aebersold, Zürich

Oberengstringer Wahlplakattheater 2. Akt

Am 27. November 2011 kann das Zürcher Stimmvolk im zweiten Wahlgang die Ständeratssitze wählen. Zur Wahl stehen die bisherigen Verena Diener, Felix Gutzwiller und als Herausforderer Christoph Blocher. Traditionsgemäss wird auf diesen Wahlgang in der Gemeinde Oberengstringen der nächste Akt des Wahlplakattheaters eingeläutet. Das als «überparteiliches Komitee» deklarierte Wahlplakat von Christoph Blocher ist dem CVP-Gemeinderat René Beck nicht genehm, da bei diesem Plakat das Parteilogo fehlt. In seiner Funktion als Bau-, Werk- und Strassenvorstand erlaubt er selbstherrlich aus diesem Grunde nicht, dieses Plakat aufstellen zu lassen. Auffallend dabei ist, dass dies nicht ein neuer Akt ist, sondern es handelt sich um das Beck-Stück mit mehreren Akten und er zeigt sein wahres Gesicht des Verlierers. Sein letzter Akt war – erinnern sie sich noch – Kurt Leuch, anlässlich der Nationalratswahlen vor wenigen Wochen.

Pierre Dalcher, Dietikon

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen

Angebote an: Konrad Gadient, Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadient@bluewin.ch

SVP-Stand an der Wintimesse

Am 26. November 2011, 12.00–14.00 Uhr, mit Ständerats-Kandidat Christoph Blocher!

• Politisieren
• Fragen stellen

Herzlich willkommen! SVP Winterthur
SVP Die Partei des Mittelstandes

SANIERUNG DER VERSICHERUNGSKASSE FÜR DAS STAATSPERSONAL DES KANTONS ZÜRICH (BVK)

Der Kanton braucht keine Steuererhöhung für die BVK

Anlässlich einer Pressekonferenz vom 11. November 2011 präsentierte der Regierungsrat in Vertretung der Vorsteherin der Finanzdirektion ihre Vorschläge zur Sanierung der BVK. Die SVP befasst sich derzeit intensiv mit diesen Vorschlägen und wird in Kürze über ihre Stellungnahme zur Sanierung informieren. Der Zürcher Bote druckt einen Artikel von alt Kantonsrat Theo Toggweiler ab, der sich während seiner Aktivzeit intensiv mit der BVK-Problematik auseinandersetzte.

THEO TOGGWEILER
ALT KANTONSRAT
ZÜRICH

Die Beamtenversicherungskasse für den Kanton (BVK) sorgt einmal mehr für Aufregung. Zahlreichen Medienberichten ist zu entnehmen, dass die Finanzdirektorin Ursula Gut die BVK sanieren und auf Kurs bringen will. Bei der BVK sind aber nicht nur die Angestellten des Kantons versichert, sondern auch angeschlossene Gemeinden, Spitäler usw. Diese, sowie die Arbeitnehmer befürchten finanzielle Belastungen oder Einbussen.

Der Kanton selber rechnet mit einer Einmaleinlage von rund 2 Mrd. Franken sowie weiteren Spar- und Sanierungsbeiträgen von 216 Mio. und 287 Mio. Ein früherer Beitrag von 1,6 Mrd. Fr. von der Nationalbank aus Goldverkäufen sollte noch vorhanden sein. Für den grossen Rest soll ab 2012 eine Steuererhöhung von 2 Prozent für zwei Jahre und ab 2014 gar von 4 Prozent eingeführt werden, was schon in parlamentarischen Kreisen für Aufregung sorgt. Der Deckungsgrad der BVK ist derzeit bei 82,6 Prozent.

Doch was sind die Ursachen, dass eine Sanierung angestrebt wird. Liegt es an den Beiträgen oder an den grossen Verlusten, die seit 1999 durch Fehlinvestitionen bei der Vermögensverwaltung entstanden sind? Das wurde bis jetzt nicht offengelegt. Die Resultate der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) liegen noch nicht vor.

Unterdeckungen bei Pensionskassen

Beim Kanton geht es um eine «öffentlich-rechtliche» Pensionskasse. Das Prinzip ist bekannt. Es werden Lohnprozente vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber eingebracht. Das Vermögen wird verwaltet, damit planmässig die Altersrenten bezahlt werden können, die sich rechnerisch auf die Lebenserwartung stützen. Falls die Zielerwartungen nicht erreicht werden, kann eine Anpassung der Beiträge vorgenommen werden. Bei der Vermögensverwaltung ist es schwieriger, weil mündelsichere Anlagen wenig Rendite bringen, währendem andere auf dem Kapitalmarkt grossen Risiken ausgesetzt sind, so dass durchaus auch Verluste eintreten können, was bei der BVK schon mehrmals der Fall war.

Die Vermögensverwaltung in der BVK

Für eine gesunde BVK braucht es natürlich auch eine kompetente Vermögensverwaltung. Da war aber in den letzen 12 Jahren einiges zu erleben. Da kann man wohl Verschiedenes in Frage stellen, wenn von einer dringenden Sanierung gesprochen wird.

Das Rechnerische und Programmatische hat in der BVK auf der Einnahmeseite immer gestimmt.

Dies ist insofern wichtig, weil eine finanzielle Sanierung auf dem Rücken des Steuerzahlers stattfinden soll! Steuererhöhung. Da stellt sich die Frage, warum kam die BVK zu einer Unterdeckung und wer ist denn Schuld daran. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf das zu wissen, denn er soll jetzt – nach Meinung der Regierung und der Finanzdirektion –, die Zeche bezahlen.

Über die Führung der BVK seitens der Regierung wurde seit Jahren geklagt. Es war nicht so, wie es sein sollte. Ein paar Schwerpunkte werden hier erwähnt. Ein früherer Kantonsrat hat sich zu einigen Punkten geäussert.

– «Der frühere Anlagechef war während 15 Jahren der Herrscher über die Anlagen der BVK. Dies bei einer Verdoppelung der Bilanzsumme in einer immer komplexer gewordenen Finanzwelt. Die kantonale Finanzkontrolle und extern beigezogene Revisoren haben wiederholt eine breitere Abstützung der wichtigen Anlageentscheide und eine wirksame interne Gegenkontrolle empfohlen.

– Die kantonsrätliche Finanzkommission schöpfte 2003 Verdacht auf Unregelmässigkeiten im grossen Stil, die allein zu einem Verluste von 297 Millionen Franken mit der Beteiligungsgesellschaft BT&T führten.

– Der Vermögensverwalter D.G. führte auch die kantonsrätliche Subkommission Feldmann in den Jahren 2005 und 2006 an der Nase herum.

– Die Finanzdirektoren wussten immer Bescheid über die Schwachstellen in der Vermögensverwaltung. Eine grössere Auslegeordnung zur BVK fand erstmals im Jahre 2006 mit dem damaligen Finanzdirektor statt.

– Der Schreibende kritisierte 2000 einen Kredit von rund 100 Mio. Fr. an den Ferienverein an der Costa Brava. Die Antwort des Finanzdirektors war, es sei dabei alles sicher und in Ordnung. Fünf Jahre später kam das Unternehmen in einen Nachlass. Der Verlust von 47 Mio. Fr. wurde von der BVK abgeschrieben.

– Zudem brachten Vorstösse und Debatten im Kantonsrat die Defizite in der Vermögensverwaltung ans Licht. Der Handlungsbedarf bei der BVK war also seit Jahren bekannt. Passiert ist aber wenig.

– Der Regierungsrat bzw. die für die Geschäftsführung zuständige Finanzdirektion ist dafür verantwortlich, dass Strukturen bestehen, die einen genügenden Schutz der angelegten Gelder der versicherten Personen gewährleisten.»

– Einer neueren Medienmeldung in diesem Monat kann man entnehmen, dass man bei der BVK seit 2008 risikoreiche Investitionen eingegangen sei. Um höhere Gewinne zu erzielen, versuchte man sich mit vielversprechenden Papieren. Mit Wissen der Finanzdirektorin seien einige Totalverluste vorgekommen. Weitere Informationen sind nicht erhältlich.

Positiv zu bewerten ist derzeit, dass die Finanzkontrolle unter der Leitung von Martin Billeter sehr kompetent besetzt ist. Das Gleiche kann man sagen vom Chef der BVK, Thomas R. Schönbächler. Bei beiden Ämtern gilt das auch für die leitenden Mitarbeiter.

LESERBRIEF

Es gab auch die Gewinner

Nach den Wahlen vom vergangenen Oktober berichteten die Medien noch so ergiebig über die Wählerverluste einzelner Parteien. Gegentrends interessierten dabei kaum, und doch sollten auch diese Beachtung finden. Als Beispiel hierfür diene die SVP im Aargau. Diese Partei hat in drei Bezirken zulegen können, nämlich in denjenigen von Muri, Laufenburg und Zurzach, am deutlichsten im Bezirk Zurzach, nämlich von 41,5 Prozent anno 2007 auf nunmehr 43,42 Prozent. Auffallend ist dabei die Spitzenleistung einiger Gemeinden. An erster Stelle steht, wie schon 2007, die Gemeinde Leibstadt mit 62,9 Prozent SVP-Stimmen, gefolgt von Mandach, Holziken, Böbikon, Schwaderloch und Gansingen (mit noch 42,9 Prozenten). Leibstadt erlebte gleichzeitig die Genugtuung, dass ihr Mitbürger Hansjörg Knecht mit einer hohen Stimmenzahl in den Nationalrat gewählt wurde. Seine Kandidatur hat sich ohne Zweifel auf das Engagement im Bezirk Zurzach ausgewirkt, meines Erachtens aber auch der Einsatz des Bezirkspräsidenten Werner Laube. Seine Auftritte sind stets von grosser Sachlichkeit geprägt und frei von polemischen Seitenhieben. Etliche Politiker könnten von ihm noch einiges lernen ...

Traugott Voegeli-Tschirky, Leibstadt

TERMINE 2012

Jetzt vormerken!

Dienstag	10. Januar	Büro der Parteileitung	
Freitag	20. Januar	Albisgüetli-Tagung	Zürich
Dienstag	24. Januar	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	24. Januar	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	28. Januar	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	7. Februar	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Affoltern
	13. bis 24. Februar	Sportferien	
Samstag	18. Februar	12. Jass-Cup SVP Schweiz	
	27. Februar bis 16. März	Frühlingssession	
Sonntag	**11. März**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Dienstag	13. März	Büro der Parteileitung	
	23. April bis 4. Mai	Frühjahrsferien	
	2. bis 4. Mai	Sondersession	
Samstag	5. Mai	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	8. Mai	Büro der Parteileitung	
Dienstag	15. Mai	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	15. Mai	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Dienstag	22. Mai	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Andelfingen
	28. Mai bis 15. Juni	Sommersession	
Sonntag	**17. Juni**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Montag	18. Juni	Fraktionsausflug (1. Möglichkeit) provisorisch	
Dienstag	26. Juni	Büro der Parteileitung	
Dienstag	3. Juli	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	3. Juli	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	14. Juli	6. SVP-Grümpelturnier	Winterthur
	16. Juli bis 17. August	Sommerferien	
Dienstag	14. August	Büro der Parteileitung	
Samstag	25. August	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	28. August	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Pfäffikon
	10. bis 28. September	Herbstsession	
Montag	17. September	Fraktionsausflug (2. Möglichkeit) provisorisch	
Fr/Sa/So	21./22./23. September	SVP-Schiessen	Bezirk Affoltern
Sonntag	**23. September**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Dienstag	2. Oktober	Büro der Parteileitung	
	8. bis 19. Oktober	Herbstferien	
Dienstag	23. Oktober	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	23. Oktober	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	27. Oktober	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	30. Oktober	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Horgen
Sonntag	**25. November**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**	
Dienstag	27. November	Büro der Parteileitung	
	26. Nov. bis 14. Dez.	Wintersession	
Montag	17. Dezember	Fraktionsessen Kantonsrat	

6.4./Karfreitag	9.4./Ostermontag	16.4./Sechseläuten	17.5./Auffahrt	28.5./Pfingstmontag	10.9./Knabenschiessen

Fadegrad

Arglistige Täuschung

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Am 27. November sind wir eingeladen, unsere Meinung zu einem Ausbaustopp am Flughafen abzugeben. Die Befürworter der Vorlagen haben eine bemerkenswerte Kampagne gestartet. Sie lehnt sich optisch ganz eindeutig an das Corporate Design der SVP an. Ein trauriges Sünneli mit Ohrenschützern vergiesst eine Träne, darunter der Schriftzug SvP auf grünem Grund. SvP heisst hier «Keine Steuergelder verschwenden für Pistenbauten». Nicht einmal der rote Schweif mit Schweizerkreuz fehlt. Wenn man bedenkt, welche Diskussionen der SVP-Werbeauftritt intern auslöste, dann darf es als späte Genugtuung für unseren Werber angesehen werden, wenn sein Werk nun auf diese Weise zitiert wird. Den Gegnern des Flughafens geht es aber natürlich nicht darum, der SVP zu huldigen, sondern sie wollen verhindern, dass sich der Flughafen weiterentwickelt. Sie versprechen sich davon eine Verringerung des Fluglärms. Wir wollen hier nicht auf diese Argumente eingehen, sondern noch ein wenig bei der Kampagne und ihren Hinterleuten verweilen. Zu Beginn der Verteilung der Flugbewegungen auf alle Himmelsrichtungen engagierte sich Ihr Kolumnist ebenfalls gegen Südanflüge. Es erschien mir nicht sinnvoll, über das dichtest besiedelte Kantonsgebiet zu fliegen. Ziemlich rasch fiel mir der fast religiöse Eifer der Wortführer der verschiedenen Fluglärmgegner in Ost, West, Süd und Nord negativ auf. Das stiess mich ab. Wo blieben die übergeordneten Interessen des Landes und der Wirtschaft, die uns ernährt? Der Flughafen als Arbeitgeber, Wirtschaftsmotor, warum nicht auch Einkaufszentrum? In einer Umfrage bei Unternehmen rund um Zürich stellte die Unternehmergruppe Wirtschaftlichkeit fest, dass diese gute Verkehrsanbindung als ihr wichtigstes Bedürfnis angaben. Der Flughafen stand an erster Stelle. Wer aber wirbt nun mit Slogans wie «Schweizer wollen Fairness» und «Schluss mit Lügen» auf einem gefälschten SVP-Plakat? Es sind nicht etwa irgendwelche fanatisierte Flugschneiser, sondern respektable Gemeindepräsidenten. Träger der Kampagne ist der Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen, dem 69 Gemeinden und zwei Ortsgruppen angehören. Viele dieser Gemeinden werden von SVP-Mitgliedern geführt. Nehmen wir ein Beispiel; warum nicht Kloten? Schliesslich lebt diese Stadt vom Flughafen und hatte ein respektables Bevölkerungswachstum, trotz Fluglärm. Der Stadtpräsident gehört der SVP an und arbeitet bei der UBS. Auf seiner Homepage stehen Ziele. Zum Flughafen: «Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für eine florierende Entwicklung des Flughafens» und unter Finanzen: «attraktive Bedingungen für Gewerbe und Grossfirmen fördern». Nur dass es klar ist: Die SVP ist gegen beide Pistenvorlagen. Die Werbekampagne ist eine bewusste Täuschung der SVP-Wählerschaft. Und, Wendehälse gibt es nicht nur bei der FDP.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zürcher Stadtrat von Rot-Grün-Orange teilentmachtet

DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Erst gerade wurde die Zürcher Hardbrücke nach mehr als zweieinhalb Jahren Umbauzeit wieder dem Verkehr übergeben. Und schon werkeln die rot-grünen Parteien mit Hilfe von CVP und EVP an weiteren teuren Umbau- und Ergänzungsprojekten. 105 Millionen Franken hat die Sanierung der Hochbrücke gekostet, die vor ihrem Umbau täglich von 70 000 Autos, LKW und Bussen befahren worden war.

Wenn es nach dem rot-grünen Bündnis geht, sollen baldmöglichst zwei Trams auf der Hardbrücke verkehren. Und vor allem muss endlich subito eine Velospur über die ganze Hardbrücke angelegt werden. Solches verlangt eine Motion, die im Dezember 2005 von Grün und Orange (CVP) eingereicht wurde (GR Nr. 2005/551). Der Vorstoss will die Errichtung von separaten Velospuren zwischen Bucheggplatz und Albisriederplatz. Ziel dieses Unterfangens: die Pedaleure wollen eine möglichst schnelle Route von Zürich Nord nach Zürich West (ca. 2 km). Dass es auf der Rosengartenstrasse Ampeln hat, die auf dem Autobahnzubringer im Schöneichtunnel lange Rückstaus erzeugen, ist den Velofreaks nur recht. Auch stört es sie nicht, dass es bald zwei Lichtsignal-Anlagen vor neu erstellten Fussgängerstreifen geben soll am Rosengarten. Die meisten halten ihre Zweiräder sowieso nicht an vor Rotlichtern.

Das höchste Glück rot-grüner Velofahrer scheint es zu sein, den Autoverkehr wo immer möglich auszubremsen und sich selber eine schnelle, freie Fahrt zu verschaffen. Das kann die Steuerzahler teuer zu stehen kommen, wie die Sitzung des Gemeinderates vom 16. November zeigte. Um ihr Ziel zu verwirklichen, gehen die rot-grün-orangen Parteigänger mit dem Kopf durch die Wand. Mit 74 Ja- gegen 41 Neinstimmen hat die vereinigte Velopartei dem Stadtrat das Geschäft aus den Händen genommen. Die Ratsmehrheit (SP, Grüne, GLP, CVP, AL, EVP) hat gegen die Stimmen von SVP und FDP neu der von den Grünen präsidierten Verkehrskommission die Aufgabe übertragen, die Planung der verlangten Veloroute gegen den Willen des Stadtrates voranzutreiben.

In seltener Einmütigkeit versuchten Gemeinderat Roland Scheck (SVP) und Stadträtin Ruth Genner (Grüne!) die Velotruppe davon zu überzeugen, dass Fachleute des Tiefbau- und Entsorgungsdepartementes die gewünschten Velospuren auf der Hardbrücke aufwändig geprüft und verworfen hätten. Scheck, ausgebildeter Verkehrsingenieur, führte aus, dass das ungehinderte Velofahren auf der Hardbrücke durch mehrere Faktoren verunmöglicht werde: so erlaubten weder die Statik der Brücke, noch die Kapazitätserfordernisse für ÖV und MIV, noch die Geometrie der Verkehrsführung die Errichtung von Velospuren. Scheck wies auch darauf hin, dass der Regionale Richtplan eine Veloverbindung zwischen Zürich Nord und Zürich West vorsehe. Stadträtin Genner sagte zu, dass diese Verbindung ausgebaut und optimiert werden solle. Doch werde diese Veloroute eben nicht auf der Hardbrücke, sondern einen Stock tiefer auf der Hardstrasse geführt. Diese Diskriminierung wollen die Rot-Grün-Orangen offenbar nicht hinnehmen. Sie können es nicht akzeptieren, dass ÖV und MIV im 1. Stock ungehindert und zügig über die Hardbrücke rollen, während sie aufs Parterre verbannt etwas umständlicher über den Escherwyss-Platz radeln müssen. Die freie Fahrt ins Veloglück wollen sie sich um keinen Preis vergraulen lassen. Sicherlich würden die Veloradikalen für die Einforderung dieses «Menschenrechts» wenn nötig auch nach Brüssel oder Strassburg pilgern.

Parolen zur Volksabstimmung vom 27. November 2011

Vorlagen Stadt Zürich

1.	Bau des Vulkanplatzes, Objektkredit von 3 983 000 Franken	NEIN
2.	Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung	NEIN
3.	Wohnpolitischer Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung: «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu drei Volksinitiativen)	NEIN

STRASSENBAUPROJEKT ROSENGARTENSTRASSE/BUCHEGGSTRASSE

Bewusste Täuschung der Bevölkerung oder unentschuldbare Nachlässigkeit im Departement Genner?

Im Sinne des Mitwirkungsverfahrens gemäss § 13 des Strassengesetzes führt das Tiefbauamt der Stadt Zürich zurzeit eine Planauflage des Projekts Rosengartenstrasse/Bucheggstrasse durch.

ROLAND SCHECK
KANTONSRAT SVP ZÜRICH 3

Die Stadt Zürich plant auf der Rosengartenstrasse und der Bucheggstrasse (den mit bis zu 70 000 Fahrzeugen pro Tag wichtigsten und meistbefahrenen Staatsstrassen auf dem Gebiet der Stadt), im Abschnitt Wipkingerplatz bis Langackerstrasse, einen Spurabbau und die Errichtung dreier lichtsignalgesteuerter Fussgängerstreifen mit Schutzinseln. Zusätzlich soll eine Busbevorzugung an den neuen Lichtsignalen eingerichtet werden.

Die geplanten Massnahmen haben zum Ziel, den motorisierten Individualverkehr künstlich zu stauen und den Verkehrsfluss mittels einer Dosieranlage zusätzlich einzuschränken. Dadurch entstehen Verkehrsverlagerungen ins Quartier, erhöhter CO_2-Ausstoss und durch den Reisezeitverlust volkswirtschaftlicher Schaden.

Nebst den erwähnten verkehrsplanerischen Fragwürdigkeiten haben die aufgelegten Pläne gewichtige Mängel, denn sie entsprechen nicht den Tatsachen. Der geplante Spurabbau ist nicht eingezeichnet. Der Ist-Zustand (5 Spuren) wird unterschlagen, indem nur der Zukunftsstatus (4 Spuren) ohne Hinweis auf den Status quo dargestellt wird. Gleiches gilt für den im Amtsblatt publizierten Projektbeschrieb: Der Abbau von einer Fahrspur wird unterschlagen.

Die gute Absicht einer «Mitwirkung der Bevölkerung» nach § 13 wird durch die inhaltlichen Fehler der Ausschreibung kontaminiert. Die zur Mitwirkung Berechtigten werden dadurch krass fehlinformiert. Erfolgte die Ausschreibung in dieser Form nicht bewusst, so ist eine unsaubere, fehlerhafte Ausschreibung an dieser sensiblen Verkehrsader mit Nichts zu entschuldigen und muss zu Konsequenzen führen.

Der formellen Korrektheit halber hat die SVP Kreispartei 10 trotzdem eine materielle Einwendung beim Tiefbauamt deponiert. Eine Weiterführung der Planauflage ist aber unter diesen Umständen nicht vertretbar.

Die SVP der Stadt Zürich fordert, die Projektausschreibung und die Planauflage umgehend zu sistieren, den Projektbeschrieb und die Pläne zu korrigieren und das Projekt unter Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Fristen neu aufzulegen. Des Weiteren ist in der Neufassung auf sämtliche Elemente zu verzichten, die den Verkehrsfluss auf der Nord-West-Achse der Stadt Zürich absichtlich behindern.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Kulturförderung in der Stadt Zürich – Wenn Geld und Wirtschaftslage keine Rolle spielen

GEMEINDERAT ROGER LIEBI
PARTEIPRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

In ihren Ausführungen zum Kulturleitbild schreibt die Stadtpräsidentin voller Stolz, dass die Anzahl der Beschäftigten in der sogenannten Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen 2005 und 2008 fast doppelt so stark zugenommen hat wie in der Gesamtwirtschaft.

Kein Wunder, profitiert eine überwiegende Zahl dieser Personen entweder von staatlichen Aufträgen oder Subventionen. Sie werden also von jenen bezahlt, die in der Privatwirtschaft in den letzten Jahren grossem Druck ausgesetzt waren und besonders jetzt den eigenen Gürtel deutlich enger schnallen müssen. Die Geisteshaltung der Kulturförderung lässt sich ausserordentlich gut bei den Kriterien zur Unterstützung bei den Theaterkrediten ablesen, wo es heisst, dass Projekte mit hohem Eigenwirtschaftlichkeitspotenzial nicht unterstützt werden. Das ist nichts anderes als eine unverhohlene Aufforderung, um Gotteswillen nicht eigenwirtschaftlich zu sein. Man soll ja nichts produzieren, was einer zu grossen Anzahl von Bürgern dieser Stadt gefallen könnte. Dies ist unverständlich.

Diese Haltung passt durchaus zu den mikroskopisch kleinen Auslastungskennzahlen einiger Institute im Theater und Musikbereich. Wie müssen sich die im Leitbild mit keinem Wort erwähnten Volksbühnen und Orchestern, die es in verschiedenen Quartieren der Stadt zum Glück noch gibt, fühlen, denen es mit viel persönlichem Aufwand, bei Verzicht auf Gage usw. gelingt, Kultur für die Bevölkerung und nicht für sich selber zu vermitteln.

Geradezu ein Hohn ist es, wenn sowohl im Leitbild wie auch in den jeweiligen Weisungen, oftmals die Eigenwirtschaftlichkeit gelobt wird. Dabei werden dort die städtischen Subventionen ganz selbstverständlich als Innenfinazierung angesehen. Die Stadtpräsidentin führt aus, dass Kultur ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt sein muss. Abgesehen davon, dass die SVP der Ansicht ist, dass es in der Geschichte der Stadt Zürich wohl noch nie einen so eindimensional ausgerichteten Präsidenten bzw. Präsidentin der Regierung gegeben hat, an der die Finanzkrise, der Stellenabbau im für Zürich so wichtigen Finanzplatz und damit zwangsläufig im Gewerbe, die Probleme der Jugendgewalt und des Hooliganismus schlicht links vorbeigehen, sind auch wir der Meinung, dass Kultur ein Bestandteil einer modernen Stadt sein muss und dass Kultur nicht in jedem Falle selbsttragend sein kann.

Wir haben unsere Haltung an dieser Stelle mehrfach dargelegt. Die SVP hat aber auch darauf hingewiesen, dass sie Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip und dem Unwirtschaftlichkeitskriterium nicht unterstützt kann, insbesondere weil die Subventionen jährlich steigen. Der Begriff Kultur wird von der Stadtpräsidentin und ihren Gremien darüber hinaus bedauerlicherweise auch noch selber definiert, denn die für die Schweiz und die Schweizer durchaus wichtige volkstümliche Kultur bleibt vollkommen unerwähnt.

Seit 2000 bis und mit 2015 sollen gemäss dem vorliegenden Leitbild die Kulturförderungsausgaben um 67 Millionen Franken oder über 150 Prozent steigen. Das starke Ansteigen der Kosten kann mit der Inflation sicher nicht erklärt werden. Der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtwirtschaft, wie sie in ihrer negativen Form im jüngsten Finanzplan des Stadtrates beschrieben wird, wird einmal mehr in keiner Weise Rechnung getragen. Liest man das Leitbild auch zwischen den Zeilen, wie das Pflicht für alle Vorlagen des Stadtrates ist, wird man merken, dass die Stadt Zürich in den kommenden Jahren unter dem Titel «Sozial verantwortungsvolle Kulturförderung» (Seite 110) den Kulturtopf weiter massiv erhöhen wird. Geld und wirtschaftliche Lage spielen für diese Regierung und die anderen Parteien offenbar immer noch keine Rolle.

Aus all diesen Gründen nötigt der Stadtrat die SVP auch in diesem Jahr, das Kulturleitbild ablehnen zu müssen bzw. ablehnend zur Kenntnis nehmen zu müssen.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Hürlimann 358.4 DT, Allrad, Viktorkabine, 2900 Betriebsstunden, Tel. 079 359 85 16.

VECTRA GTS Sport, V6, Automat, Steinmetz Tuning, Jg. 2003, 60 500 km, vollzählige Servicebelege mit allen Optionen, VP Fr. 9000.–, inkl. 4 Winterräder. Heinz Baumgartner, Neudorfstrasse 55, 8820 Wädenswil, Telefon 044 780 26 63.

Strassenfahrzeugwaage, 18 x 3 m, 50 t / 20 kg und 13 x 3 x 1 m. Überflurmontage. Garantie 3 Jahre. Lieferung zu unsern Lasten. Tel. 044 860 95 35.

Weidefutterraufe; Tränkefass mit Trog; Zubringerband zu Gebläse. Ernst Kunz, Wolfackerstrasse 4, 8340 Hinwil, Telefon 044 937 12 66.

Verkauf ab Hof: **Kartoffeln Desirée und Charlotte,** Sack 25 kg, Fr. 18.–. Fam. Seiler, Kastelhof, 8155 Niederhasli, 079 384 66 25.

Klauenstand «Arnhof» mit 2 Vorderfuss-Winden, Tel. 052 318 13 80.

Zürcher Tracht, blau, Grösse 42. Tel. 055 243 13 42

Heurüstmaschinen Kran- und Kleinmodelle und elektr. **Heuschrotmesser S+M** mit Rückzugrolle, Tel. 079 678 81 49.

Akku-Baumschere FELCO. Telefon 044 940 19 94.

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Joya und kyBoot sind die weichsten Schuhe der Welt. Beim Vorweisen des Inserates offerieren wir Ihnen 10 Prozent Rabatt, Schuhhaus Ryser, Bankstr. 4, 8424 Embrach (www.schuhhaus-ryser.ch), Telefon 044 865 09 90.

Toyota RAV-4-Allrad, 2.0 Lt., 150 PS, 5-Gang, 5-türig, Sommer- und Winterräder, Klima, Radio/CD, 89 000 km, Met.-Lackierung, Topzustand, ab MFJ, Fr. 13 900.–; **Holzspaltmaschine,** 10 t, 380 V, waagrecht, einfache Bedienung, günstig, Tel. 078 743 11 30.

Zürcher Festtracht: Stickerei: Ähren und Lein, gut erhalten, Gr. 42, K. Gr. 160/65, Fr. 900.–, Tel. 044 941 11 27 (bis 21.00 Uhr).

Futterrüben günstiger Preis, gute Qualität. Können auch geliefert werden. Telefon 079 228 50 54.

Nissan Terrano II TDI 2.7, schwarz, Jg. 2000, Klima, Radio/CD-W., 5-Gang, 7 Pl., AHK mit 2800 kg (Kugelk./Rockinger), 137 000 km, MfK Dez. 2010, VP Fr. 9000.– inkl. 8 Räder, Tel. 079 635 93 20.

20-t-Holzspaltmaschine, Uniforest; **Seilwinden** 5–8 Tonnen Deutz Agrofarm 430 mit FZ + FH, Tel. 079 359 85 16.

Classic Plus Elektro-Mofa, Jg. 2008, 20 km/h, guter Zustand. Wintertauglich dank grossen Rädern mit Scheiben-Lüftung und Heizung, Züri-Oberland. VP Fr. 11 300.–, Tel. 076 219 22 11 oder SMS.

Doppelräder Kock & Sohn, 5-armig, 9,5–42, passend zu 13,6–36 (12,4–36), Reifen 30 Prozent, Fr. 800.–. Johannes Meister, Waldhof 202, 8463 Benken, Tel. 078 862 57 88 oder 052 319 14 41.

ZU KAUFEN GESUCHT

SVP-Flohmärtler sucht: Schmuck, Musikinstrumente, alte Spielsachen, antike Kleinmöbel, Bilder, Teppiche, Briefmarken usw., zahle bar. Tel. 079 667 79 82.

Silbergeld, Münzen, Medaillen, ganze Sammlungen zu kaufen gesucht. Barzahlung, Tel. 079 757 64 18.

Kartoffelmühle/Kartoffelhacker mit Steinsicherung für Futterkartoffeln; **Traktorenpneu** Occ. 16,9 R 34. Boris Brandenberger, Landwirt, im Ebnet, 8416 Flaach, Telefon 052 301 35 02.

Zu verkaufen:
Neuer **Abbauhammer NEW Holland CB18S** mit Spitz.- und Asphalteisen. Schnellwechselplatte und Verbindungsschläuche. Preis: **Fr. 7300.–.**
Tel. 079 521 01 01

Aussendienstmitarbeiter (m/w)
in Festanstellung gesucht

Grossunternehmen der Landwirtschaftsbranche sucht zur Betreuung unserer Stammkunden Vertriebsprofis (m/w) für den regionalen Einsatz. Attraktives Gehaltspaket. PKW wird gestellt.

Wir freuen uns auf Ihre email:
Herr Hofer, whofer@roullier.com oder
Anruf **079 540 08 09.**
www.ch.timacagro.com

Zu verkaufen aus laufend frischer, grosser Auswahl

Rot- und Schwarzflecken
in allen Preislagen.

U.a. etliche gekalbte Tiere mit perfekten Euteranlagen, viel Milch und tiefen Zellzahlen.

3 Ausmelkkühe mit je 30 Liter Tagesmilch, sehr günstig.

Linus Bissegger
Viehhandel, 8572 Berg/TG
Tel. 079 629 92 72 oder
071 636 11 62

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen, Nobilis, Blaufichten

Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri
Weymouthsföhren, Weisstannen

Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen

Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle

Fordern Sie unsere Preisliste an!
Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Viele Gründe, die für den RC 40 sprechen.

Der RC 40 ist in den Versionen 1,5 / 1,8 / 2,0 / 2,5 / 3,0 t erhältlich und überzeugt in jeder Hinsicht:
• Belastbarer und zuverlässiger Wandlerantrieb • Erhöhte Sicherheit durch MoveControl-Funktion • Einfache Bedienung durch kombiniertes Brems- und Inchpedal • Gute Rundumsicht dank Freisichthubgerüst und Panoramascheibe • Ergonomischer Fahrerarbeitsplatz für ermüdungsfreies Arbeiten • Schnell und einfach zugängliche Wartungsbereiche des Motors • Ausgezeichnetes Preis-Leistungs-Verhältnis • Alles in bewährter STILL-Qualität.

STILL AG • Schweiz
Industriestrasse 50 • CH-8112 Otelfingen
Telefon 0041 (0)44 846 51 11 • Fax 0041 (0)44 846 51 21
www.still.ch • info@still.ch

STILL
first in intralogistics

Suche
alten Töff
oder uralten Töff oder Roller, gleich welche Marke und Zustand, auch Kreidler, Zündepp, Mofa oder Solex.
Tel. 056 668 16 92, abends.

Alois Dähler
Landwirt
Liegenschaftenvermittlung

Liegenschaftenvermittlung
für
Landw. Liegenschaften, Bauernhäuser und Landw. Betriebsaufteilungen.

Ihr Spezialist

Gedenken Sie Ihren Hof zu veräussern.
Ihr Hof wird **gut** und **korrekt** verkauft.
Meine ersten Beratungen stehen Ihnen **unverbindlich** und **kostenlos** zur Verfügung.
Diskretion 1. Priorität

Alois Dähler
Liegenschaftenvermittlung
Eichhof
8558 Helsighausen Thg.
Tel. 052 762 74 74
Fax 052 762 74 70
alois.daehler@iconsurf.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik
☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

IMMO – ZU VERMIETEN

Originelle Maisonette-Wohnung, 60 m², in Schöfflisdorf zu vermieten. Hell, Balkon, Cheminée, Dusche/WC, offene Küche. Miete/Monat Fr. 1200.–, NK 230.–, Garagenplatz Fr. 120.–. Info: rechtehand@gmx.ch, Tel. 076 336 03 37.

STELLENGESUCH

Raumpflegerin, Hausangestellte sucht in Effretikon und Umgebung Teilzeitjob, Telefon 079 617 24 53.

DIVERSES

8-tung! Advents-/Christbäume selber schneiden: Samstag, 26.11/10., 17.12. 2011, 9.00–15.30 Uhr. Ort: Strasse Kollbrunn–Elgg, zirka 800 m ausgangs Waltenstein, Tel. 044 750 18 78.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Zu verkaufen: Neuer Kingshofer Mehrzweckgreifer A02H mit 360° Drehmotor, el. Umschaltventil 12V, Verbindungsschläuche und Schlauchkupplungen, Schnellwechselplatte. Preis: Fr. 7500.–, Tel. 079 521 01 01.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

Suche
alten Rapid
zum Abbrechen, auch alles Zubehör, Mähbalken, Eingrasung, Seilwinde, Pflug, Bodenfräse, Hack- und Häufelgerät, Radgewicht usw.
Tel. 056 668 16 92, abends.

Büro/Gewerbe

Per 1. Januar 2012 vermieten wir in unseren ruhigen und freundlichen Räumlichkeiten in Dübendorf eine bezugsbereite Büroraumfläche.

Wir bieten:
- Attraktive Lage
- Erstvermietung
- Bezugsbereite Büroräume, bestehend aus 2 Büros mit 22,5 m² und 65,3 m²
- Beste Zufahrtswege von der Autobahn, genügend Parkplätze
- Bushaltestelle in unmittelbarer Nähe mit direkter Verbindung zum Bahnhof Stettbach (10 Minuten Fussweg entfernt)

Bitte setzen Sie sich bei Interesse mit Herrn Yves Gadient, Sekretär SVP des Kantons Zürich, in Verbindung – wir geben Ihnen gerne weitere Auskünfte unter Tel. 044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch.

Adresse: Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Preis: Nach Vereinbarung

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 21. November 2011, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

VERANSTALTUNGEN MIT CHRISTOPH BLOCHER

Sonntag, 20. November 2011, 10.00 Uhr (Türöffnung 9.30 Uhr), Restaurant Löwen, Meilen, Politapéro zum Thema «Die Schweiz und die Krise in der EU». Es diskutieren Christoph Blocher, Nationalrat SVP, Zürich und Felix Gutzwiller, Ständerat FDP, Zürich. Gesprächsleitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor Zürichsee-Zeitung.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 5. Dezember 2011, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Parteiversammlung mit anschliessendem Chlaushock.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 19. November 2011, ab 18.00 Uhr, im Mehrzweckraum (Feuerwehrgebäude Hinterdorf), Raclette-Abend. Kommen Sie vorbei und geniessen Sie in gemütlicher Atmosphäre ein feines Raclette. Sie sind herzlich willkommen!

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 19. November 2011, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 11. Politstamm zum Thema «Keine Neu- und Ausbauten von Pisten». Als Referent anwesend ist Ruedi Menzi, Kantonsrat und ehem. Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt.

Bezirk Dietikon / Aesch
Mittwoch, 23. November 2011, 20.15 Uhr, Restaurant Landhus, Aesch, Stamm. Themen: Finanzplan der Gemeinde Aesch, Update zu den getroffenen Abklärungen betreffend Verkehrsberuhigung / Zone 30 in Aesch, weitere Themen der Gemeindeversammlung. Leitung: Peter Rasi, Präsident SVP Aesch. Es informiert Gemeinderat Diego Bonato, SVP.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Donnerstag, 1. Dezember 2011, 19.30 Uhr, Restaurant Arcade, Hombrechtikon, traditioneller SVP-Chlaus-Jass mit Christoph Mörgeli, Hans-Ueli Vogt und Gregor Rutz. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Dienstag, 29. November 2011, 19.30 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Parteiversammlung.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Freitag, 2. Dezember 2011, 19.00 Uhr, in der Scheune von Ernst und Ramona Graf, Niederfeldstrasse 44, Winterthur, Chlausabend. Kosten: Erwachsene 35 Franken, Kinder 15 Franken (Essen inkl. Dessert). Getränke werden separat verrechnet. Gastredner ist Nationalrat Jürg Stahl. Auch Freunde und Familienmitglieder sind herzlich willkommen! Die Platzzahl ist beschränkt, die Anmeldungen werden nach dem Eingang berücksichtigt. Organisation: Claudia Märki und Doris Steiner. Anmeldung bis spätestens Dienstag, 15. November 2011, an: Doris Steiner, Riedhofstrasse 98, 8408 Winterthur, Telefon 052 222 28 86 oder per E-Mail: anmeldung-chlausabig@svp-winterthur.ch. Bitte Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder nicht vergessen! Parkplätze vorhanden. Bus Nr. 7 bis Haltestelle Niederfeld.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 19. November 2011, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion zu den Ständeratswahlen und den Abstimmungen vom 27. November 2011. Es werden Gutenswiler Gräff-Äpfel verteilt.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 19. November 2011, 9.00–11.30 Uhr, Migros M-Märt Wiedikon, Birmensdorferstrasse 320, Standaktion. Für weitere Informationen besuchen Sie bitte unsere Homepage www.svp3.ch.

Donnerstag, 8. Dezember 2011, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schützenruh, Uetlibergstrasse 300, Jass- und Kegelabend.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Samstag, 19. November 2011, 10.00 Uhr, Limmatplatz, Standaktion mit Nationalrat und Parteipräsident Alfred Heer zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. November 2011.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 19. November 2011, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. November 2011.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 19. November 2011, 10.00 Uhr, Röschibachplatz, Standaktion.

Samstag, 26. November 2011, 10.00 Uhr, Migros Höngg, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 19. November 2011, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Schwamendingen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. November 2011.

Samstag, 26. November 2011, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Schwamendingen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. November 2011.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Schweiz
Dienstag, 29. November 2011 bis Sonntag, 4. Dezember 2011, Studienreise «Besuch der UNO New York». Wir wollen die UNO, insbesondere die Arbeit der ständigen Schweizer Mission sowie unser Generalkonsulat in New York näher kennen lernen. In einem ganztägigen Besuch treffen wir die verschiedenen Vertreter und erfahren mehr über ihre Aufgabe und Tätigkeit. Der Besuch wird abgerundet mit einem Rundgang durch das UNO-Gebäude. Weiter besuchen wir das Christmas Spectacular in der Radio City Music Hall. Sie sind herzlich willkommen! Übernachtung: 4-Sterne-Hotel Hemsley, Pauschalpreis ab Zürich: Fr. 2290.00 Basis Doppelzimmer / Fr. 2985.00 Basis Einzelzimmer. Teilnehmerzahl 30 Personen. Die Reise wird für alle SVP-Mitlieder organisiert und wird begleitet von Rita Gygax, Präsidentin SVP-Frauen Schweiz und Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. Kontakt: ritagygax@hotmail.com.

SVP-Frauen Stadt Zürich
Dienstag, 13. Dezember 2011, 19.00 Uhr, Restaurant Limmatberg, Limmattalstrasse 228, Zürich, Adventsessen. Parkplätze vorhanden. Mit dem ÖV: Tram Nr. 13 und Bus Nr. 80 bis «Zwielplatz». Apéro wird offeriert. Menü: Kleiner grüner Salat, Spaghettiplausch. Preis: Fr. 25.50 p.P. Unser Mitglied, Susanne Peter, sorgt für musikalische Unterhaltung und Humor! Um Anmeldung wird gebeten bis spätestens Freitag, 9. Dezember 2011, an Aktuariat c/o Anita R. Nideröst, Regensdorferstrasse 77a, 8049 Zürich, Telefon 044 341 95 00, E-Mail: info@frauen-svp-stadt-zurich.ch. Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 15.– erhoben. Gäste sind herzlich willkommen!

Montag, 30. Januar 2012, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 1. Dezember 2011, 14.30 Uhr (Türöffnung 14.00 Uhr), Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Pavillon, Zürich-Wollishofen, Chlaushöck mit Gastredner Professor Dr. Hans Geiger. Er referiert zum Thema «Euro, Schweizer Franken und die Schweiz».

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach, 8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

ANZEIGE

ANZEIGE